



Die Kunst des Kompromisses in Krisenzeiten

Autokraten ante portas: Wieviel Spielraum hat der Westen zwischen Moral- und Realpolitik gegenüber den Putins und Xis der Welt?

Demokratische Staaten haben nicht nur hehre Werte, sondern auch schöne, doch überlebenswichtige Interessen | Von Theo Sommer

geächtete gibt es keine Menschenrechte.“

Nicht minder wichtig ist jedoch der Wohlstand der westlichen Gesellschaften. Unsere Wirtschafts- und Handelspolitik muss darauf aus sein, unsere Prosperität zu erhalten und Versorgungssicherheit zu gewährleisten. Wegen Alexej Nawalny, so schändlich seine Behandlung durch die Putin-Plutokratie auch ist, sollten wir nicht die letzten Brücken nach Russland abbrechen; da hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier völlig recht. Und die Unterdrückung der Uiguren in Xinjiang wie die Niederschlagung der Hongkonger Freiheitsbewegung, die wir zu Recht verurteilen, darf nicht zum totalen Abbruch der Handelsbeziehungen mit der Volks-

republik führen, wofür manch einer plädiert; sie würde nicht allein die deutsche Automobilindustrie, sondern die gesamte deutsche Wirtschaft in den Abgrund stürzen. Vor einer Diktatur der Emotionen müssen wir uns hüten.

Ideologen neigen dazu, Frieden und Wohlstand aufs Spiel zu setzen; es verschafft ihnen ein gutes Gewissen. Sie treiben am liebsten lautere, unverwässerte Prinzipienpolitik. Wenn sie allerdings in Regierungsverantwortung kommen, müssen sie handeln und können nicht nur pontifizieren.

Im Spannungsfeld zwischen Ideologie und Realität dürfen die Demokratien ihre Prinzipien nicht aus den Augen verlieren,

aber sie müssen sich von den Umständen leiten lassen. Und sie müssen sich kein Gewissen daraus machen, dass das nationale Interesse es erfordert, auch mit Despoten zu reden. Mit Diktatorenknutscherei hat



DR. THEO SOMMER

war von 1973 bis 1992 Chefredakteur und anschließend gemeinsam mit Helmut Schmidt Herausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit*. Seit 2004 ist er Herausgeber der weltweit erscheinenden englischsprachigen Zeitung aus Berlin *The German Times*.

Zwei widersprüchliche Trends machen gegenwärtig dem Westen zu schaffen. Der eine ist die Globalisierung der Weltwirtschaft: eine so enge Vernetzung der Handels- und Investitionsbeziehungen, dass sich das hemmungslose Austragen von politischen Konflikten und ideologischen Gegensätzen verbietet, wenn man sich nicht selbst ernsthaft beschädigen will.

Der zweite Trend ist eine seit fünfzehn Jahren anhaltende Abwendung von der Demokratie, die sich in der Corona-Pandemie spürbar verstärkt hat. Nur noch 19 Staaten gelten als vollgültige Demokratien. Deren Umgang mit den halbautoritären, autoritären und diktatorischen Staaten wird zusehends zum ethischen Problem. Es stellt sich nicht nur, aber vor allem im Verhältnis zu China und Russland dar.

Die Frage ist: Treiben wir Moralpolitik oder Realpolitik? Anders ausgedrückt: Prinzipienpolitik oder Interessenpolitik?

Dazu ist zunächst zu sagen, dass unser politisches Handeln natürlich wertebunden, wertorientiert und moralisch sein muss. Das heißt jedoch nicht, dass wir unsere Wert- und Moralvorstellungen für alle anderen verbindlich machen oder machen könnten. Wir können sie niemandem aufzwingen. Wie auch? Militärische Aktionen verbieten sich gegen Atomwaffenbesitzer sowieso. Doch auch gegen alle anderen versprechen sie keinen Erfolg. Die humanitären Interventionen der zurückliegenden zwanzig Jahre – von Afghanistan über den Irak und Syrien bis hin nach Libyen – haben nur Anarchie, Bürgerkrieg und menschliches Elend hinterlassen. Von der „Schutzverantwortung“ der Weltgemeinschaft redet keiner mehr.

Demokratische Staaten haben nicht nur hehre Werte, sondern auch schöne, doch überlebenswichtige Interessen. Dazu gehört nicht allein – und an erster Stelle – der Frieden. Ihn zu bewahren, nötigt unsere Außenpolitik, auch mit unliebsamen, gar üblen Regimen zusammenzuarbeiten. Wie Henry Kissinger gesagt hat: „Der Frieden ist eine moralische Priorität. Für Ein-

Party like it's 2021

Der Politische Aschermittwoch als Vorbote des heißen – bis lauwarmen – Wahlkampfes | Von Katharina Hamberger

Es war ein ungewöhnlicher Politischer Aschermittwoch. Wo sonst Parteianhänger und -anhängerinnen Schulter an Schulter eng beieinander in Zelten und Hallen sitzen und zuhören, wie die Spitzen ihrer Parteien gegen die politischen Gegner austreten, redeten diese diesmal einsam in Kameras, das Publikum schaute von zuhause aus zu. Es wurde bei den meisten Parteien auch weniger deftig ausgeteilt als in den vergangenen Jahren. Zu ernst sind die Zeiten. Schließlich leben wir nach wie vor mit einer Pandemie.

Dabei war der Politische Aschermittwoch genau im Superwahljahr für alle Parteien eine wichtige Veranstaltung, um die Anhänger und Anhängerinnen auf den kommenden Wahlkampf einzustimmen und Konfliktlinien deutlich zu machen. Das wäre natürlich einfacher möglich gewesen, wenn die Veranstaltung so hätte ablaufen können wie immer. Nun mussten sich die Parteien Konzepte für einen Corona-konformen Politischen Aschermittwoch überlegen. Damit wurde dieser auch zu einer Art Probelauf für den anstehenden, wohl deutlich stärker digitalen Wahlkampf. Vor allem die Union hat gezeigt, was alles möglich ist. Gegen die Inszenierung der CSU wirkten die der anderen Parteien geradezu langweilig.

So saß Markus Söder mit seinem Maßkrug voll Cola light in einer Kulisse, die an bayerisches Bauerntheater erinnerte: grüner Kamin, Eichentisch, Eckbank und Brotzeitbrett! Für den Defiliermarsch, der traditionell erklingt, wenn der bayerische Regierungschef in die Dreiländerhalle einzieht, wurde die Passauer Stadtkapelle aus dem heimischen Wohnzimmer zugeschaltet, genauso wie die CSU-Anhänger und -Anhängerrinnen. Sie erschienen, ausgestattet mit lärmersetzenden Klatschpappen und Ratschen auf kleinen Video-Kacheln in einer weiteren Kulisse, aus der Generalsekretär Markus Blume die Veranstaltung moderierte – so entstand zumindest etwas Stimmung.

Auch die anderen Parteien passten ihr Aschermittwochskonzept an die Corona-Zeiten an. Die Grünen-Spitze fuhr erst gar nicht nach Bayern, ließ sich aus Berlin, ebenfalls aus einer Wohnzimmer-Kulisse zuschalten. Die FDP versuchte es mit der Stadt Passau als Hintergrund für die Rede von Christian Lindner und sendete aus einem Hochhaus. Und die SPD ging in den traditionellen Wolfstetter Keller und baute dort ein Studio auf.

Die meisten Parteien müssen in den wenigen Wochen bis zur heißen Wahlkampfphase aber noch einiges aufholen, was virtuelle Veranstaltungen betrifft, vor allem Grüne und SPD, wenn sie mit der Union auf Augenhöhe sein wollen. Das hat der direkte Vergleich beim Politischen

Aschermittwoch gezeigt. Denn Großkundgebungen auf Marktplätzen wird es coronabedingt zumindest zu Wahlkampf-Beginn wohl kaum geben können. Sie müssen also digital stattfinden. Dabei wird es auf die Inszenierung ankommen und auf das Können der Kandidaten und Kandidatinnen, in die Kamera zu reden und dabei eine Nähe zu suggerieren, die eigentlich gar nicht da ist. Denn die Wähler und Wählerinnen sehen zwar möglicherweise eine gut gemachte Show, aber der direkte Kontakt zum Kandidaten oder der Kandidatin fehlt und muss durch einen guten Auftritt und vielleicht das ein oder andere interaktive Element ausgeglichen werden – auch wenn das nur bedingt möglich ist.

Allerdings müssen potenzielle Wähler und Wählerinnen die digitalen Veranstaltungen überhaupt erst sehen wollen.



KATHARINA HAMBERGER

ist seit 2012 Korrespondentin im Hauptstadtstudio des Deutschlandfunks und beobachtet unter anderem die Unionsparteien. Zuvor hat sie Medien-, Politikwissenschaft und Journalismus studiert und anschließend beim Deutschlandradio volontiert.

das nichts zu tun. Wollten wir den außenpolitischen Verkehr und die Handelsbeziehungen nur mit den „Guten“ zulassen, nicht auch mit den „Bösen“, stünden wir sehr einsam und ökonomisch höchst bedürftig da.

Diese Einsicht spiegelt einen ethischen Realismus wider, für den die Bundeskanzlerin 2015 auf der Münchner Sicherheitskonferenz klare Worte fand: „Wir sollten nicht so tun“, sagte sie, „als müsse die gesamte Menschheit von einem Tag zum anderen unseren Prinzipien folgen.“ Dabei erinnerte sie an die noch sehr lange gültige negative deutsche Einstellung zur Homosexualität und zu den Frauenrechten. Sie hätte auch erwähnen können, dass die CDU 1949 die Abschaffung der Todesstrafe ablehnte. Merkel stellte sich mit ihrer Äußerung voll in die Kontinuität ihrer Vorgänger. Es war Willy Brandt, der Moralist unter den deutschen Kanzlern, der 1972 nach einer heftig kritisierten Reise in das Persien des Schahs dem Bundestag erklärte: „Die politischen Verhältnisse in vielen Ländern entsprechen nicht unseren Vorstellungen von Demokratie. Doch wir sind nicht dazu aufgerufen, uns zu deren Richtern aufzuwerfen. Unsere Außenpolitik und die Vertretung unserer außenwirtschaftlichen Interessen müssen freibleiben von ideologischen Vorurteilen.“

Realpolitik ist nicht unethisch. Sie wägt die Folgen ihres Handelns und Nichthandelns ab; die Lauterkeit hehrt Gesinnung reicht ihr nicht als Leitlinie. Und sie hindert niemanden – die Öffentlichkeit, die Medien, die Parteien und auch die Regierung nicht –, unserer Empörung Ausdruck zu verleihen; das müssen Wladimir Putin und Xi Jinping aushalten. Empörung ist berechtigt, aber sie kann nicht das letzte Wort haben.

Im Übrigen kommt es vor allem darauf an, unsere Werte in der eigenen Welt zu wahren, hochzuhalten, zu praktizieren. Wenn in den Wirren der Welt die Wildwasser schäumen, müssen wir in erster Linie alles tun, dass bei uns die Uferböschungen halten.

DIREKT-NACHRICHT

ANNE WIZOREK



ist freie Beraterin für digitale Strategien und Autorin. Ihr Twitter Handle ist @mathardear.

Wo es beginnt

Ein Jahr danach können wir sagen: Uns geht es nicht besser, sondern schlechter. Weil es keine Veränderungen gibt.“ Eine bittere Erkenntnis, die von Piter Minnemann stammt – einem der Überlebenden des rechtsterroristischen Anschlags von Hanau.

Hanau sollte angeblich eine Zäsur sein. Davor wurde das bereits für den Anschlag von Halle, den Mord an Walter Lübcke oder die Enttarnung des NSU-Netzwerks behauptet. Die Realität zeigt ein anderes Bild und ein Meer fehlender Konsequenzen. Die Angehörigen der Opfer von Hanau organisierten sich deshalb selbst und müssen immer wieder den Finger in jene Wunde legen, die sich für sie wohl niemals wirklich schließen wird.

Sie ermitteln, sichten Akten, vereinbaren Gesprächstermine, teilen Hintergrundinformationen mit der breiten Öffentlichkeit, stellen politische Forderungen und organisieren Kundgebungen. Die Kraft, die den Angehörigen durch die Inkompetenz und Ignoranz der zuständigen Institutionen aberkannt wird, ist eine erneute Respektlosigkeit vor ihren Existenzen. Es ist struktureller Rassismus. Man könnte meinen, die politisch Verantwortlichen hätten aus dem NSU-Komplex nur gelernt, dass sie mit der Zurückhaltung von Informationen weiterhin durchkommen.

Die Wut der Angehörigen, ihr Schmerz und ihre Trauer verdienen nicht nur Raum, sondern vor allem Linderung. Der Täter von Hanau tötete sich selbst, weshalb ihm kein Prozess gemacht werden kann. Gerechtigkeit für die Angehörigen und Betroffenen hieße aber, Rassismus zu bekämpfen und die Tat als Teil eines *bigger picture* zu verstehen. Angefangen beim Vater des Täters, der ganz klar die Ideologie seines Sohnes teilt, dessen Tatwaffen zurückfordert und eine eindeutige Gefahr für die Menschen vor Ort darstellt.

Rassismus beginnt nicht erst, wenn jemand mit gezogener Waffe in einer Shisha-Bar steht. Er beginnt dort, wo diese Orte ständig als kriminell gebrandmarkt werden. Dort, wo selbst Menschen, die in Deutschland geboren sind, nur über ihre Hautfarbe bewertet werden. Dort, wo mit einem „Das haben wir schon immer so gemacht!“ auf menschenverachtenden Bezeichnungen beharrt wird, statt auch nur für eine Sekunde Empathie zu entwickeln.

Say it with me: Rassismus zu bekämpfen, schützt Menschen und rettet Leben.

#SayTheirNames: Gökhan Gültekin, Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan Velkov, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Said Nesar El Hashemi.